

A decorative background consisting of a grid of small grey dots. Several dots are highlighted in red, scattered across the page.

Vom Aussterben bedroht?

Der Zustand der US-Gewerkschaften

HAROLD MEYERSON

September 2010

- Trotz der erfolgreichen Wahl Barack Obamas zum Präsidenten und eines mehrheitlich demokratischen Kongresses seit 2008, kämpft die US-Gewerkschaftsbewegung ums Überleben. Die wichtigsten Ursachen dafür liegen in der dramatisch sinkenden Mitgliederzahl in Schlüsselbranchen und im Unvermögen der Gewerkschaften, eine umfassende Arbeitsrechtsreform durchzusetzen, durch die sie neue Mitglieder gewinnen könnten.
- Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten liegt heute bei nur noch 12 Prozent. Gerade einmal sieben Prozent der Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft gehören einer Gewerkschaft an. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte sind mehr öffentliche Bedienstete Gewerkschaftsmitglieder als Angestellte in der freien Wirtschaft.
- Die Gewerkschaften selbst haben bisher nicht überzeugend auf diese Herausforderungen reagiert und es ist ihnen nicht gelungen, Arbeiter in größerer Zahl gewerkschaftlich zu organisieren. Darüber hinaus haben sie es versäumt, ihr öffentliches Ansehen und ihre Legitimität mit Kampagnen zu stärken.
- Gleichzeitig feiern die Gewerkschaften einige politische Erfolge: Die Verabschiedung des US-Konjunkturpakets sowie der Gesundheits- und Finanzreform geht zu einem Großteil auf das Konto gewerkschaftlicher Lobbyarbeit. Sie waren auch bei Wahlkämpfen erfolgreich, die Demokraten zum Sieg verhelfen oder progressive demokratische Herausforderer in innerparteilichen Auseinandersetzungen mit konservativen Amtsinhabern unterstützt haben.
- Neubesetzungen an der Spitze der beiden großen Gewerkschaftsdachverbände und transnationale Organisierungsbemühungen stellen kleine Hoffnungsschimmer dar. Ob sie das Überleben der US-Gewerkschaften sichern werden, ist momentan alles andere als entschieden.

Selbst wenn man die Maßstäbe der letzten Jahrzehnte anlegt, die von einem epochalen Niedergang der US-amerikanischen Arbeiterbewegung geprägt waren, befinden sich die Gewerkschaften heute in einer besonders prekären Lage.

Obwohl die Gewerkschaften eindeutig durch die Wahl Barack Obamas und eine starke demokratische Kongressmehrheit seit 2008 ermutigt wurden, ist es ihnen nicht gelungen, die Verabschiedung neuer Gesetze durchzusetzen, welche ihnen zum Mitgliederwachstum verhelfen würden. Die Rezession hat zudem die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stark schrumpfen lassen, insbesondere im produzierenden und Baugewerbe. Auch das Ansehen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ist stark gesunken, sieht man sich nationale Umfrageergebnisse an. Darüber hinaus stehen Angestellte des öffentlichen Dienstes, die einen weit höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad als ihre Kollegen in der Privatwirtschaft genießen, wegen ihrer Gehälter und Sozialleistungen zunehmend unter Druck.

Die Antwort der Gewerkschaften auf diese Fülle schlechter Nachrichten ist bisher nur unzureichend gewesen. In den vergangenen zwei Jahren hat es weniger Organisierungskampagnen als je zuvor in den letzten zwanzig Jahren gegeben. Damals hatte eine Handvoll großer Gewerkschaften angefangen, verstärkt Ressourcen für die Mitgliedergewinnung bereit zu stellen. Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften in Wahlkampagnen immer noch sehr erfolgreich. In mehreren außerordentlichen Einzelwahlen zum US-Kongress konnten sie klare Siege feiern. Mit Blanche Lincoln hätten sie in Arkansas sogar beinahe eine amtierende demokratische, aber gewerkschaftsfeindliche Senatorin gestürzt – in einem praktisch gewerkschaftsfreien US-Bundesstaat. Neue Führungspersonlichkeiten stehen an der Spitze einiger der wichtigsten Gewerkschaftsverbände, wie Richard Trumka, der John Sweeney beim *AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations)*¹ abgelöst, und Mary Kay Henry, die die Nachfolge des dynamischen und kontroversen Andy Stern bei der Dienstleistungsgewerkschaft *SEIU (Service Employees International Union)* angetreten hat. Noch ist nicht klar, ob diese Veränderungen einen

¹ Dachorganisation *Congress of Industrial Organizations (CIO)*, die sich 1955 mit der *American Federation of Labor (AFL)* zum Dachverband *AFL-CIO* zusammenschloss.

Richtungswechsel für die US-amerikanische Arbeiterbewegung bedeuten oder ob damit ein Ende der lähmenden Spaltungen verbunden ist, die die Gewerkschaften in den letzten fünf Jahren geplagt haben.

Legislative Erfolge und Misserfolg

Mit der Wahl eines demokratischen Präsidenten und Kongresses haben die Gewerkschaften einige bemerkenswerte, wenn auch lückenhafte Siege im Laufe der vergangenen 18 Monate errungen. Seit drei Generationen hatte sich die Arbeiterbewegung eine universelle Krankenversicherung zum Ziel gesetzt. Der *AFL-CIO* und führende international ausgerichtete Gewerkschaften organisierten und finanzierten einen großen Teil der öffentlichen Mobilisierungs- und Lobby-Kampagnen, die der Verabschiedung der Gesundheitsreform in diesem Jahr zum Durchbruch verhelfen. Allerdings war es den Gewerkschaften nicht gelungen, genügend Demokraten im Kongress und im Weißen Haus von einer öffentlichen Krankenversicherung zu überzeugen. Dieser staatliche Gesundheitsplan sollte mit den privaten Anbietern konkurrieren. Sie konnten die Regierung auch nicht davon abhalten, einen Teil der Reform durch die Besteuerung großzügiger medizinischer Leistungen zu finanzieren (wie diejenigen, die einige ihre Mitglieder genießen). Immerhin konnten sie eine Erhöhung des Betrags durchsetzen, ab dem derartige Gesundheitsleistungen zukünftig besteuert werden.

In ähnlicher Weise haben die Gewerkschaften eine wichtige finanzielle und unterstützende Rolle bei der Lobbyarbeit für die Finanzreform gespielt. Obwohl sie sich nicht mit der Forderung durchsetzen konnten, die Größe und Macht der größten amerikanischen Banken zu reduzieren, konnten sie Passagen in das Gesetz einbringen, die viele der spekulativen Missbräuche einschränken werden, welche die Finanzkrise von 2008 und die daraus resultierende große Rezession mit ausgelöst haben.

Gewerkschaften haben ebenso das 787 Milliarden US-Dollar schwere Konjunkturpaket begrüßt und mit auf den Weg gebracht, das zügig nach der Amtseinführung von US-Präsident Obama in Kraft trat. In jüngster Zeit haben sie jedoch Kritik an der Weigerung des Kongresses geübt, ein zweites Paket zu verabschieden. Dieses soll verhindern, dass Bundesstaaten und Kommunen, die besonders schwer von der Rezession

getroffen wurden, Hunderttausende von Arbeitnehmern entlassen und Abstriche bei der medizinischen Versorgung für Arme machen müssen. In den Vereinigten Staaten liegt die Verantwortung für die Finanzierung von Bildung, lokaler Infrastruktur, Polizei, Feuerwehr und vielen anderen Dienstleistungen bei den bundesstaatlichen Regierungen und lokalen Behörden, die ihre Haushalte auch in Rezessionszeiten ausgeglichen halten müssen. Während also die Bundesregierung versuchte, die Wirtschaft mit Schulden anzukurbeln, haben bundesstaatliche Regierungen genau das Gegenteil gemacht: Steuern erhöht und die Zahl der Arbeitskräfte verringert. Ohne ein zweites Konjunkturpaket wird sich dies fortsetzen.

Die deutlichste Niederlage haben die US-Gewerkschaften im Hinblick auf ihr zentrales Gesetzesvorhaben einstecken müssen: eine umfassende Arbeitsrechtsreform. US-amerikanische Arbeitgeber halten ihre Arbeitnehmer häufig durch Einschüchterung und Drohungen davon ab, Gewerkschaften beizutreten – oft durch Aktivitäten, die gegen die zahnlosen Bestimmungen des *National Labor Relations Act* verstoßen. Die Gewerkschaften kämpfen deshalb seit Jahren für einen *Employee Free Choice Act (EFCA)* – ein Gesetz, das es den Arbeitnehmern unkompliziert ermöglichen würde, Gewerkschaften ein Vertretungsmandat zu erteilen. Das Gesetz würde gleichzeitig die Arbeitgeber dazu verpflichten, einen Schlichter anzurufen, sollten sie sich mit den Gewerkschaften mehr als sechs Monate nach deren Anerkennung nicht auf einen Tarifvertrag einigen können. Momentan kommen nur die Hälfte der Gewerkschaften nach ihrer Anerkennung überhaupt zu einer Tarifeinigung mit den Arbeitgebern.

Der *EFCA* wurde zwar im vergangenen Jahr vom Repräsentantenhaus verabschiedet, konnte aber nicht die benötigte 60-Stimmen-Mehrheit im Senat erzielen, obwohl es in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 60 Demokraten im Senat gab. Die Gewerkschaften fühlen sich vom US-Präsidenten im Stich gelassen, der sich nie persönlich für sie bei den zögerlichen demokratischen Senatoren einsetzte; viel mehr noch sind sie von den Senatoren selbst enttäuscht. Die Verabschiedung des *EFCA* ist bereits der vierte gescheiterte Versuch, die Arbeitsgesetzgebung auf Bundesebene zu stärken. Jeder dieser Versuche ereignete sich zu Zeiten, in denen Demokraten sowohl im Weißen Haus regierten als auch im Kongress eine Mehrheit hatten (1965, 1978, 1994 und 2009).

Die Gewerkschaften sehen dies als einen Kampf um ihre Existenz und viele Demokraten – wenn auch bei weitem nicht genügend – stimmen ihnen zu. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte erreichte 1945 und nochmals 1955 mit 35 Prozent einen Höhepunkt. Heute sind gerade noch 12 Prozent der Erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder – bei den Beschäftigten des privaten Sektors sogar nur sieben Prozent. Ein Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern ist auch klar im strategischen Interesse der Demokraten: Gewerkschaftlich organisierte, weiße Männer wählen mit einer zu 20 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit demokratisch als ihre nicht-gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Der Niedergang der Gewerkschaften und die sinkende Unterstützung der Demokraten innerhalb der weißen Arbeiterklasse sind ohne eine Änderung der Gesetze, die Gewerkschaften die Organisation erleichtern, jedoch nahezu unausweichlich. Das Scheitern des *EFCA* war deshalb ein Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung, von dem sie sich noch nicht erholt hat.

Es soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die gesamte Lobbyarbeit der Gewerkschaften auf die Demokraten ausgerichtet ist. Es gibt im US-Kongress keinen einzigen gewerkschaftsfreundlichen Republikaner.

Das Scheitern des *EFCA* hat jedoch ein Umdenken innerhalb der Gewerkschaftsbewegung angeregt. Im Allgemeinen sind die Gewerkschaften immer dann erfolgreiche Lobbyisten gewesen, wenn es um Themen mit einer breiteren, progressiven Unterstützung und universeller Anwendung ging, wie bei der Gesundheitsreform und der Regulierung der Finanzmärkte. Weniger erfolgreich waren sie bei Themen, die die Gewerkschaften und ihre Mitglieder im engeren Sinne betreffen. Deshalb argumentiert zum Beispiel Gerald Hudson, Vizepräsident der Dienstleistungsgewerkschaft *SEIU*, dass gewerkschaftsspezifische Gesetze wie der *EFCA* zum Scheitern verurteilt sind, sollte es den Gewerkschaften nicht gelingen, mit anderen Interessengruppen links der Mitte gemeinsam zu agieren und so eine größere Aufmerksamkeit für die Rechte von Arbeitnehmern in diesem politischen Spektrum zu gewinnen..

Die Rezession und die öffentliche Meinung

Die Rezession hat sich für viele Gewerkschaften und ihre Mitglieder, vor allem in der verarbeitenden

Industrie und im Bausektor, katastrophal ausgewirkt. Das Schrumpfen des amerikanischen verarbeitenden Industriesektors, der gegenwärtig nur 11 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt, hat die Gewerkschaften in diesem Bereich hart getroffen. Die Gewerkschaft der Beschäftigten in der Fahrzeugindustrie (*United Auto Workers – UAW*) hatte 1979 noch 1,9 Millionen Mitglieder. Heute ist die Zahl auf 350.000 Mitglieder gesunken, wobei viele von ihnen Angestellte des öffentlichen Dienstes sind, die nichts mit der Autoindustrie zu tun haben. Da es einfacher ist, Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes gewerkschaftlich zu organisieren, gehen viele große Gewerkschaften diesen Weg, ohne Rücksicht auf den Sektor oder Zuständigkeitsbereich zu nehmen. Die Lage im Baugewerbe ist noch düsterer. In Bundesstaaten wie Kalifornien, die den größten Bauboom erlebt haben und jetzt auch am stärksten von der Rezession betroffen sind, liegt die Zahl der Arbeitslosen im Baubereich bei nahezu 30 Prozent – und die Mitgliedschaft in Baugewerkschaften ist entsprechend geringer geworden.

Genauso dramatisch, wenn nicht noch verheerender, ist der Rückgang der öffentlichen Unterstützung für die Gewerkschaften, die einem Absturz in den vergangenen 18 Monaten gleich kommt. Eine *Gallup*-Umfrage vom September 2009 legte dar, dass die Zahl der Amerikaner, die Gewerkschaften positiv gegenüberstehen, von 59 Prozent im Vorjahr auf 48 Prozent gesunken ist. Damit ist dieser Wert zum ersten Mal seit den 1930er Jahren auf unter 50 Prozent gefallen. Ebenso zeigen Ergebnisse einer Umfrage des *PEW Research Center* vom Februar 2010, dass die Unterstützung der Gewerkschaften von 58 Prozent im Jahre 2007 (Zeitpunkt der letzten PEW-Umfrage zu diesem Thema) bis auf 41 Prozent in diesem Jahr abgestürzt ist. Die einzige Bevölkerungsgruppe, in der das Ansehen der Gewerkschaften nicht gesunken ist, sind die Gewerkschaftsmitglieder selbst. Da diese aber einen so kleinen Teil der Öffentlichkeit darstellen, reicht diese Unterstützung nicht aus, um die Verluste in anderen Teilen der Gesellschaft wettzumachen.

Zwei Faktoren lassen sich für den Niedergang ausmachen. Zum einen haben im Jahre 2009 während der Beratungen um eine öffentliche finanzielle Unterstützung der angeschlagenen Automobilunternehmen *General Motors* und *Chrysler* konservative Gegner der Gewerkschaften unablässig behauptet, dass die *UAW* durch Stundenlöhne von 70

US-Dollar diese Unternehmen gewissermaßen selbst in den Bankrott getrieben habe. Diese Zahl ist fast dreimal höher als das tatsächliche Lohnniveau und kam dadurch zustande, dass die Pensionsverpflichtungen der Gewerkschaften mit einberechnet wurden. Da die Firmen in ihrer Belegschaft in den vergangenen Jahren so stark geschrumpft sind, übertrifft die Zahl der pensionierten Arbeitnehmer die der derzeitig Beschäftigten bei weitem. Die *UAW* setzte in der Nachkriegszeit den Maßstab für die soziale Gewerkschaftsbewegung in Amerika. Heute ist ihre Führungsriege nur noch ein Schatten früherer Persönlichkeiten wie Walter P. Reuther² und ähnlicher Gewerkschaftsführer, die zur Glanzzeit an der Spitze der Gewerkschaft standen. Die heutige Führungsspitze der *UAW* hat sich als vollkommen unfähig erwiesen, in der Öffentlichkeit vorherrschende Fehlwahrnehmungen über die Automobilarbeitergewerkschaft und die amerikanischen Gewerkschaften insgesamt abzubauen.

Zum zweiten übertrifft die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Angestellten im öffentlichen Sektor zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte die der Gewerkschaftsmitglieder in der Privatwirtschaft: etwa 30 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind gewerkschaftlich organisiert verglichen mit nur 7 Prozent im Privatsektor. Die sinkenden Gewerkschaftsmitgliederzahlen in der Privatwirtschaft haben auch dazu geführt, dass die Arbeitnehmer einen qualitativen Rückgang ihrer Sozialleistungen haben hinnehmen müssen. Insbesondere haben heute weniger als 20 Prozent der Arbeitnehmer betrieblich garantierte Renten – vor einer Generation waren es noch über 50 Prozent. Im Vergleich dazu haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihre Sozialleistungen weitgehend erhalten können. Diese Leistungen stehen nun täglich unter Beschuss durch (finanzpolitisch) konservative Politiker, die argumentieren, dass diese unbezahlbar geworden seien. Hierin liegt ein echtes Problem – die Frage stellt sich, ob ein nicht gewerkschaftlich organisierter Privatsektor, dessen Sozialleistungen und Arbeitsplatzsicherheit zunehmend sinken, einen gewerkschaftlich organisierten öffentlichen Sektor wirtschaftlich und politisch dauerhaft unterstützen kann. Die anhaltende Finanzkrise der Bundesstaaten

² Walter P. Reuther war ein einflussreicher US-amerikanischer Gewerkschaftsführer, *UAW*-Präsident und Präsident der Dachorganisation *Congress of Industrial Organizations (CIO)*, die sich unter seiner Führung mit der *American Federation of Labor (AFL)* 1955 zum Dachverband *AFL-CIO* zusammenschloss.

und Kommunen bietet den Konservativen eine Steilvorlage, um die durch die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor errungenen Sozialleistungen zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang ist die Dämonisierung der Lehrer an öffentlichen Schulen – der Berufszweig, der in Amerika heute am stärksten gewerkschaftlich organisiert ist – geradezu atemberaubend. Glaubt man den Kritikern, sind die Lehrer für alle Probleme des amerikanischen Bildungswesens sowie für den Bankrott der Steuerzahler verantwortlich.

Sollte es den Gewerkschaften des Privatsektors nicht gelingen, neue Mitglieder zu gewinnen und einige der verlorenen Sozialleistungen wiederherzustellen, werden die Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie deren Leistungen der anhaltenden Kritik Konservativer ausgeliefert sein. Anders gesagt: Sollte sich der Privatsektor nicht auf das höhere Niveau des öffentlichen Sektors zubewegen, wird der öffentliche Dienst unweigerlich auf das Niveau der Privatwirtschaft abrutschen.

Die Gewerkschaften reagieren – holprig

Die Antwort der amerikanischen Gewerkschaften auf die genannten Krisen war bisher alles andere als überzeugend. Sie haben keine breite oder nur auch begrenzt angelegte Kampagne zu ihrer Rehabilitierung und einer erneuten Legitimierung ihrer Existenz gestartet. Sie gewinnen auch keine neuen Mitglieder. Selbst die Strategie der Dachgewerkschaft *Change to Win*, die sich 2005 vom *AFL-CIO* abspaltete, um Arbeiter in Gewerben zu organisieren, die nicht ausgelagert werden können (Gastronomie, Transport, Bau etc.), hat bisher keine spürbaren Erfolge gezeigt. Momentan sind auch keine nennenswerten Organisierungskampagnen auf dem Weg, wenn man von den wenigen Gewerkschaften absieht, die aufgrund einer Regeländerung durch die von Barack Obama ernannten Personen beim *National Mediation Board* (Nationales Schlichtungsgremium für den Schienen- und Lufttransportsektor) nun in der Lage sind, Beschäftigte der Fluggesellschaften zu organisieren.

Die Stärke der Gewerkschaften zeigt sich nur noch in einem politischen Bereich, und zwar bei Wahlen. In einer Reihe von außerordentlichen Wahlen zum US-Kongress, die durch den Tod oder die Pensionierung der Amtsinhaber notwendig geworden waren, ist es

ihnen gelungen, Wahlkampagnen mit einem Fokus auf Themen wie Arbeitsplätze und Industriepolitik zu organisieren, die eine Schlüsselrolle bei der Wahl von Demokraten gespielt haben. Dies ist ihnen sogar in mehrheitlich weißen Arbeiterklasse-Wahlbezirken gelungen, in denen Präsident Obamas Zustimmungsraten besonders niedrig sind. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften innerparteiliche Herausforderer von konservativen Demokratischen Amtsinhabern unterstützt. Prominentestes Beispiel ist dabei Bill Halter, der Senatorin Blanche Lincoln in Arkansas herausgefordert hatte. Die Senatorin war eine Gegnerin des *EFCA* und der öffentlichen Versicherungsoption im Gesetzesentwurf zur Gesundheitsreform. Der *AFL-CIO* und ein halbes Dutzend international ausgerichteter Gewerkschaften investierten 10 Millionen US-Dollar in ihre Bemühungen, Lincoln zu stürzen. Der Versuch scheiterte letztendlich: Lincoln siegte mit 52 zu 48 Prozent.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung bei den Demokraten sowie die Unterstützung der Gewerkschaften für Bill Halter wurde von vielen im demokratischen Establishment kritisiert. Lincolns Sieg wurde als eine Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung gefeiert. Die Gewerkschaften aber sehen dies anders. Aus ihrer Sicht haben sie einen erfolgreichen Wahlkampf in einem US-Bundesstaat geführt, in dem es praktisch keine Gewerkschaftsmitglieder gibt. Sie haben Hunderttausende von Wählern an ihren Haustüren besucht und umworben und damit ihren Kandidaten im Alleingang beinahe zum Sieg geführt – und das in einem Bundesstaat mit einer ausgeprägt anti-gewerkschaftlichen Tradition. Ihre Unterstützung für Halter, ohne die er möglicherweise überhaupt nicht angetreten wäre, war als Warnung für andere konservative Demokraten gedacht, einschließlich derer in US-Bundesstaaten ohne nennenswerte gewerkschaftliche Präsenz: Wenn wir Lincoln an den Rand einer Niederlage bringen können, so ihr Argument, können wir es auch mit anderen Amtsinhabern tun und diese das nächste Mal vielleicht sogar tatsächlich scheitern lassen.

In ihrem Wahlkampf in Arkansas hatten die Gewerkschaften erwogen, nicht nur die Mittel auszugeben, die ihre Mitglieder ausdrücklich für Walkampagnenzwecke gespendet hatten, sondern auch Gelder aus ihrem allgemeinen Budget.

Letztendlich entschieden sie sich dagegen; ein solches Vorgehen wäre jedoch heute auf der Basis der neuen umstrittenen Entscheidung des Obersten Gerichtshof gestattet. Dieser hatte in seinem Urteil „*Citizens United*“³ Ende Januar 2010 entschieden, dass Unternehmen und Gewerkschaften unbegrenzt finanzielle Mittel für eigene Wahlkampagnen für Kandidaten oder Lobbyarbeit zugunsten politischer Entscheidungen einsetzen könnten. Die Entscheidung hat ein einhundert Jahre altes Verbot aufgehoben, nach dem Unternehmen sich nur in begrenztem finanziellen Rahmen an Wahlkämpfen beteiligen durften. Das Urteil des Gerichtshofs hat eine Flut von Kritik aus gemäßigten und progressiven Organisationen ausgelöst – einschließlich der Gewerkschaften. Trotzdem werden die Gewerkschaften dadurch selbst in die Lage versetzt, in diesem Jahr auf ihre gesamten finanziellen Mittel zurückzugreifen, um Kampagnen zu unterstützen. Da die Unternehmen ihre Ausgaben für Kandidaten und Themen wohl erhöhen werden, werden die Gewerkschaften vermutlich nachziehen. In vielen US-Bundesstaaten stehen bei den *midterm elections* Anfang November Gouverneurswahlen an. Republikanische Kandidaten rufen bereits jetzt zu Massenentlassungen von öffentlichen Angestellten und drastischen Rentenkürzungen auf. Die Gewerkschaften werden aller Voraussicht nach tief in ihre Taschen greifen, um Kampagnen zu führen, die diese Kandidaten scheitern lassen sollen.

In den letzten Monaten haben die Gewerkschaften auch eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung der Rechte von Arbeitsmigranten gespielt. Zum einen haben sie sich gegen repressive Gesetze, wie das kürzlich in Arizona verabschiedete Einwanderungsgesetz, engagiert; zum anderen drängen sie den Kongress weiterhin zur Verabschiedung einer umfassenden Zuwanderungsreform, die 11 Millionen undokumentierten Einwanderern den Weg zur US-amerikanischen Staatsangehörigkeit ebnen soll. Die Gewerkschaften finanzieren die größten Mobilisierungs- und Lobbykampagnen von Befürwortern der Zuwanderungsreform und werden eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung von Latino-Wählern für demokratische Kandidaten in den kommenden *midterm elections* spielen.

³ Siehe hierzu auch FES-Publikation „Die Senatsnachwahl in Massachusetts: Alles verloren für Barack Obama und die Gesundheitsreform?“ vom 22. Januar 2010 unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/06975.pdf>

Veränderungen an der Spitze

Die Pensionierung John Sweeneys und Andy Sterns sowie der Aufstieg Richard Trumkas und Mary Kay Henrys in die Führungspositionen innerhalb der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung verheißen Veränderungen. Wie weitgehend diese sein werden, lässt sich momentan noch nicht abschätzen. Trumka ist in seinem Führungsstil, verglichen mit Sweeney, eher redegewandt und konfrontativ. Der Aufstieg Henrys könnte zu einer Verringerung der Spannungen zwischen der *SEIU* und dem Rest der Gewerkschaftsbewegung beitragen. Sie hat bereits erklärt, dass sie den Streit zwischen ihrer Gewerkschaft und den Hotelarbeitern zügig beilegen möchte. Die von Stern gegründete „*Change to Win*“-Koalition ist im Grunde genommen auf ein strategisches Organisationszentrum zusammengeschrumpft, das Mitgliedsgewerkschaften – hauptsächlich der Transportgewerkschaft *Teamsters* und der Nahrungs- und Handelsgewerkschaft (*United Food and Commercial Workers*) – dabei hilft, schwierige Organisierungskampagnen zu entwickeln. Ihre Existenz kann kaum mehr als Rechtfertigung für die Fortsetzung der Trennung der Gewerkschaften vom *AFL-CIO* dienen. Ob sich die übrigen Gewerkschaften der „*Change to Win*“-Koalition nach dem Abgang Andy Sterns wieder dem *AFL-CIO* anschließen werden, ist keinesfalls sicher.

Mary Kay Henry hat zumindest ihre Bereitschaft signalisiert, enger mit dem *AFL-CIO* zusammenzuarbeiten als ihr Vorgänger Stern.

Internationale Auswirkungen

In den letzten Jahren haben eine Reihe von prominenten US-amerikanischen Gewerkschaften – wie die *SEIU*, die Kommunikationsgewerkschaft *CWA* (*Communications Workers of America*) und die Stahlarbeiter *USW* (*United Steelworkers*) – ihre Organisations- und Verhandlungsbemühungen auf eine transnationale und sogar globale Ebene ausgedehnt: Zum Beispiel arbeitet die *CWA* mit *ver.di* zusammen, um Arbeitnehmer der Deutschen Telekom in den Vereinigten Staaten, die für T-Mobile, eine US-Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom arbeiten, zu organisieren. Solche Bemühungen werden sicherlich andauern. Aber mit jedem Tag, der verstreicht, verlagert sich das Hauptanliegen der US-amerikanischen Gewerkschaften mehr und mehr auf das bloße

Überleben. Diese Tatsache wird einige Gewerkschaften dazu veranlassen, sich noch stärker gemeinsam mit ihren Partnergewerkschaften in anderen Ländern zu engagieren. Andere Gewerkschaften werden genau den gegenteiligen Schluss daraus ziehen. Mit dem Scheitern des Kongresses, ein umfassendes Arbeitsrechtsreformgesetz wie *EFCA* zu verabschieden, hat die Unruhe und Besorgnis der amerikanischen Gewerkschaften noch zugenommen. Für sie ist die Bedrohung existenziell. Aber während sie sicherlich an vielen Fronten ums Überleben kämpfen werden, wäre es reine Spekulation, den Ausgang bereits zu diesem Zeitpunkt vorherzusagen.

Abkürzungen

AFL-CIO: American Federation of Labor/ Congress of Industrial Organizations
 CWA: Communications Workers of America
 EFCA: Employee Free Choice Act
 SEIU: Service Employees International Union
 UAW: United Auto Workers
 USW: United Steelworkers

Über den Autor

Harold Meyerson ist Gastkolumnist bei der Washington Post und Herausgeber der Zeitschrift „The American Prospect“.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
 Referat Westliche Industrieländer | Abteilung Internationaler Dialog
 Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
 Anne Seyffferth,
 Leiterin des Referats Westliche Industrieländer

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil> | <http://www.fesdc.org>

Kontakt:
ID-INFO-WIL@fes.de